«Pro Service public» – ein Ja hätte verheerende Folgen

Die Initiative «Pro Service public» will den unternehmerischen Spielraum von Post, SBB und Swisscom abschaffen. Doch damit würde der Service public massiv geschwächt statt gestärkt, wie es der irreführende Titel verspricht.

«Pro Service public» heisst das Volksbegehren, das am 5. Juni vors Volk kommt. Wer könnte etwas dagegen haben? Für den Service public sind doch alle. Aber der Name trügt. Denn für den Service public ist an der Initiative gar nichts. Sie ist eine Mogelpackung.
In der öffentlichen Debatte ist der Begriff besetzt. Vorab von der SRG und der Frage, wie und worüber sie zu berichten hat. Gehört die sonntägliche Talkshow «Giacobbo/Müller» dazu? Ist es nötig, dass am Fernsehen gebührenfinanziert gejasst wird? Mit diesem medialen Service public befasst sich ein Bericht, den der Bundesrat im Verlauf des Sommers vorlegen wird. Mit der Abstimmung vom Juni hat dieser Service public aber rein gar nichts zu tun. Die Initiative zielt auf die früheren Regiebetriebe des Bundes: die SBB, die Post und die Swisscom. Sie will nichts anderes als zurück in die Vergangenheit. In eine Zeit, als die Politik jedes Detail der Grundversorgung festgelegt hat und der Postminister die einzelnen Sujets der Briefmarken noch persönlich bewilligen musste.

Hohe Qualität und Effizienz

Heute sei «der Service public die politisch definierte Grundversorgung aller Leute, in allen Regionen zu einem angemessenen Preis», sagt Hans Werder, ehemaliger Generalsekretär im Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation. Die Politik bestimmt die Outputfaktoren, legt also fest, welche Leistungen in allen Gebieten der Schweiz erhältlich sein sollen. Sie überlässt das Wie aber den Unternehmen. Garantiert ist also zum Beispiel, dass alle Bewohner der Schweiz Zugang zu Postdienstleistungen haben sollen. Sie legt aber nicht fest, dass dies in einer Poststelle erfolgen muss.
Das funktioniert, wie der Bundesrat in seinem Bericht zum Service public vom Juni 2004 schreibt: «Die Schweiz verfügt im Infrastrukturbereich über eine flächendeckende und sichere Grundversorgung. Die Qualität der Leistungen ist im europäischen Vergleich sehr gut. Die Effizienz der Grundversorgung konnte in den letzten Jahren erheblich verbessert werden. Die öffentlichen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen des Infrastruktursektors sind auch im internationalen Vergleich generell gut positioniert. Sie sind wichtige Dienstleister für den Wirtschaftsstandort Schweiz und bedeutende Anbieter von qualifizierten Arbeitsplätzen.»

Der verärgerte Bürger Salvisberg

Komplett anders sieht das Peter Salvisberg. Der langjährige SRG-Kadermann ist heute Mitglied der Geschäftsleitung der Konsumenteninfo AG, einem Verlag, der mit seinen Publikationen ein Millionenpublikum erreicht. SBB, Post und Swisscom hätten nur noch die Gewinne im Auge, kritisiert er. In den Chefetagen habe sich eine «Abzockermentalität» breitgemacht. «Wir Bürger bezahlen, aber befehlen können wir nichts.»
Für den Marketingfachmann ist klar: Mit dem Service public geht es bergab. Die SBB schickt die Minibar aufs Abstellgleis. Die Tickets werden immer teurer. Die Post hat 1800 Poststellen geschleift. Und die Swisscom «verlangt immer noch 40 Rappen pro SMS». Kein Wort davon, dass die Defizite der durchregulierten Regiebetriebe vor der Post- und Bahnreform der 90er-Jahre für den Bund eine gewaltige Last waren. Stattdessen beklagt er die hohen Saläre der Manager.

Grafikschüler haben zum 150-Jahr-Jubiläum des Tiefbauamts der Stadt Bern die unter dem Berner Bahnhofplatz verlegten Leitungen aufgemalt und damit den Service public sichtbar gemacht.
Bild: Jürg Spori

Und Salvisberg glaubt Volkes Stimme hinter sich: «Wir bekommen haufenweise Zuschriften verärgerter Bürger», sagt er. Was er nicht sagt, ist, dass er selbst die Debatte befeuert. In einer Kolumne, die auf der Website der Initianten und im «K-Tipp» erscheint, macht er seinem «Leiden» Luft. Dort beklagt er, dass er von der unerbittlichen SBB-Kontrolleurin gezwungen worden sei, fünf Franken für den «Lapsus» zu bezahlen, als er sein GA vergessen hat. Er schlägt den SBB vor, «dass man als GA-Kunde beispielsweise zweimal pro Jahr das GA vergessen darf, ohne gleich eine Strafgebühr blechen zu müssen». Salvisberg weiss auch, wie die Malaise geheilt werden kann: mit einem Verfassungsartikel. «Im Bereich der Grundversorgung strebt der Bund nicht nach Gewinn, verzichtet auf die Quersubventionierung anderer Verwaltungsbereiche und verfolgt keine fiskalischen Interessen», heisst es im Initiativtext.

Schaden für die ländlichen Gebiete

Die Gegnerschaft der Initiative ist breit. Sie reicht vom linken Konsumentenforum über den Gewerkschaftsbund bis zum Wirtschaftsdachverband Economiesuisse. Auch die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) stemmt sich gemeinsam mit dem Schweizerischen Gemeindeverband (SGV) gegen die Vorlage. Denn ein Ja hätte verheerende Folgen. Der Berner Regierungsrat Andreas Rickenbacher, Präsident der kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren, sagt: «Das Verbot, Gewinne zu machen, schadet den ländlichen Regionen, weil Post und Swisscom nicht mehr investieren werden. Gerade bei der Telekommunikation sind enorme Investitionen nötig, damit wir bei der digitalen Entwicklung am Ball bleiben.» Und der Bündner CVP-Nationalrat Martin Candinas ergänzt: «Der Service public ist für den Kanton Graubünden, aber auch andere Randregionen von enormer Bedeutung, denn dort ist die Versorgung etwa mit schnellem Internet aus wirtschaftlicher Sicht nicht interessant.» Darum sei es nötig, diese Dienstleistungen subventionieren zu können.

Die Frage der Quersubventionierung

Wie weit das Verbot von Quersubventionierungen gehen soll, ist völlig offen. Sollen Gewinne innerhalb der Unternehmen verschoben werden dürfen? Oder wäre es verboten, dass Erträge aus den rentablen Bahnlinien verwendet werden, um zum Beispiel die Züge von Neuenburg nach La Chaux-de-Fonds zu subventionieren? An einer gemeinsamen Tagung der SAB und des SGV zum Thema Service public in Bern wehrte sich Peter Salvisberg gegen den weit gefassten Begriff: «Wir haben nichts gegen Investitionen und die Quersubventionierung.» Der Solidaritätsgedanke sei in diesem Land zentral. Das Geld solle aber nicht in andere Verwaltungsbetriebe fliessen. Die Strategie des Bundes, möglichst hohe Gewinne zu erwirtschaften, sei falsch. Ausserdem sei der Spielraum des Parlaments gross, wenn es um die Auslegung des Artikels gehe.

Rückschritt in die 80er-Jahre

Hier setzt die Kritik von Aymo Brunetti an. Der Professor für Wirtschaftspolitik und Regionalökonomie an der Universität Bern sagte: Bei Annahme müsste die Politik festlegen, welche Leistung wo und zu welchem Preis von wem erbracht würde. Ihn störe, «dass die Initiative mit dem Gewinnverbot jeglichen Anreiz vernichtet, besser zu werden». Kurz: Der Markt würde komplett ausgeschaltet. Welche Folgen ein Ja zur Initiative hätte, ist aus Sicht des Wissenschafters völlig offen, «weil die Initiative so unklar formuliert ist». Schon das sei ein Grund, Nein zu stimmen.

Peter Camenzind

Informationen:
www.servicepublic.ch